



Liechtenstein, hier Schloss Vaduz, ist das sechstkleinste Land der Welt. Ökonomisch ist der Alpenstaat jedoch ein echtes Kraftzentrum

# Gestörter Burgfrieden

**D**er Krieg des Thomas Kindler beginnt am 2. März 2021 mit einem Beschluss des Fürstlichen Landgerichts in Vaduz. Dieser bewirkt, dass Kindler seinen Posten als Stiftungsrat einer in Liechtenstein von einem deutschen Immobilienunternehmer gegründeten Stiftung verliert. Begründet wird das mit einem ungewöhnlichen Argument: Er soll nicht etwa Pflichten verletzt oder gegen den Willen des Stifters verstossen haben, allein der „Anschein einer Interessenkollision“ soll ausreichen, um ihn von seinem Posten abzuberufen. Für Kindler ist das ein krasses Fehlurteil – und der Auftakt zu einem bizarren Rechtsstreit, der sich seitdem immer weiter ins Unübersichtliche verzweigt hat.

VON CORNELIUS WELP

Dabei geht es nicht mehr nur um einen kaum noch zu entwirrenden Einzelfall. Es geht auch um die Glaubwürdigkeit des zentralen Versprechens eines der kleinsten und trotz aller Bekanntheitsgrade internationalen Standards umstrittensten Finanzplätze Europas. Wer sein Geld vor Familienstreitigkeiten oder staatlichem Zugriff sichern will, so lautet dieses, ist nirgendwo besser aufgehoben als in dem Zwergerstaat, an dessen Spitze mit Fürst Adam II. einer der reichsten Monarchen der Welt steht. Fälle wie der von Kindler zeigen jedoch, dass die Vorzüge, mit denen sich der Standort rühmt, diesen bei ohnehin schwelenden Konflikten angreifbar machen: Statt um Übersichtlichkeit geht es dann um Vorwürfe von Kumpaneel, statt um Diskretion um den angeblich illegalen Entzug des Zugriffs auf hohe Vermögen.

Mit einer Fläche von 160 Quadratkilometern und rund 40.000 Einwohnern ist Liechtenstein das sechstkleinste Land der Welt. Ökonomisch ist der Al-

penstaat jedoch ein echtes Kraftzentrum, bei einem Bruttoinlandsprodukt von zuletzt rund sieben Milliarden Schweizer Franken liegt die pro Kopf erwirtschaftete Summe rund viermal so hoch wie in Deutschland. Der größte Teil der Wertschöpfung stammt aus der Industrie, mit rund elf Prozent ist der Anteil der Finanzbranche nur wenig höher als in der Schweiz. Als Schwarzgeldbanker will das Fürstentum schon seit 15 Jahren nicht mehr dienen. Auf internationalen Druck hin hat es sich damals unter anderem zum Austausch von Steuerdaten verpflichtet, der europäische Geldwäschsausschuss Moneyval hat bereits mehrfach gute Fortschritte attestiert. Nachdem die Banken zunächst Klienten verloren hatten, verwaltete sie heute mehr Kundengeld als zuvor.

Einer schattigeren Seite der Liechtensteiner Finanzbranche ist die Kehrtwende weniger gut bekommen. Ende 2023 existierten nach Daten der Aufsichtsbehörde noch rund 24.000 Stiftungen. Ende 2023 waren es nur noch knapp 7700. Wegen des erschwerenden Zugriffs auf die dort angelegten Vermögen bewerben auch deutsche Anwälte und Vermögensberater die Vethikel als ideale Schutzzone für Reiche und Superreiche, die ihr Hab und Gut vor Familienstreit und staatlichem Zugriff sichern wollen. Bekannte Nutzer der Konstrukte sind unter anderem der in die Pleite geschlitterte österreichische Immobilienunternehmer René Benko und der Capri-Sonnen-Gründer Hans-Peter Wild. Auch Angehörige der Familie Birkenstock sollen einen Teil des Erlöses aus dem Verkauf des Schuhherstellers in einer Stiftung im Fürstentum deponiert haben.

Inns Zwilicht geraten sind die Stiftungen zuletzt vor allem wegen der Verbindungen zu reichen Russen. Da sie dabei geholfen haben sollen, eingefrorenes Vermögen zu ver-

schleiern, setzte die zuständige US-Kontrollbehörde OFAC im Sommer unter anderem den früheren Vizepräsidenten der Liechtensteiner Treuhandkammer auf ihre Sanktionsliste. Damit erhöhte sich dort die Zahl der Personen und Institutionen auf 20 – im Verhältnis zur Größe des Landes ein hoher Wert und damit ein empfindlicher Kratzer im sauberen Image. Juristische Schritte der Betroffenen haben bisher ebenso wenig bewirkt wie die Versprechen einiger örtlicher Politiker, sich ge-

Liechtensteinische Stiftungen umwerben die Reichen weltweit mit dem Versprechen, dass hier deponiertes Geld sicher vor staatlichem Zugriff und Familienstreit sein soll. Doch nicht alles läuft glatt

genüber den USA für mehr Verständnis einzusetzen. Der zuständige US-Botschafter in Bern betonte jüngst zwar die „starken Beziehungen“ zu Liechtenstein, machte aber auch klar, dass er von derartigen Manövern wenig halte.

Deutlich heftiger als die Sanktionsdebatte würde es das Geschäftsmodell der Stiftungen treffen, wenn sich belegen ließe, dass sich die obligatorisch eingesetzten Treuhänder tatsächlich in größerem Stil an ihnen bereichern. Genau das soll in Kindlers Fall passiert sein. Der deutsche Immobilienunternehmer Hermann Harlaub, der mit dem Wiederaufbau Münchens nach dem Zweiten Weltkrieg reich geworden war, hatte an seinem späteren Wohnort Liechtenstein seit den 1960er-Jahren gleich mehrere Stiftungen aufgesetzt. Als Begünstigte hatte er Kindler und seinen Bruder eingesetzt, anders als vom Stifter gewollt, garantierte die Konstruktion nach seinem Ableben im Jahr 2004 aber keine Kontinuität.

Zuletzt lag das vor allem am Zwist zwischen den beiden heillos zerstrittenen Brüdern: Zunächst hatte Thomas Kindler seinen Bruder im Namen der Stiftung verklagt, Auskunft über von ihm aus dem Vermögen abgehobene 400.000 Schweizer Franken zu geben. Der juristische Konter des Bruders führte dazu, dass das Liechtensteiner Gericht Thomas Kindler aus dem Stiftungsrat aberrief, was auch die nächste Instanz bestätigte. Seitdem stehen zwei Liechtensteiner Rechtsanwälte an der Spitze der Stiftung, denen Kindler vorwirft, sich mit aberwitzigen Honoraren am Stiftungsvermögen zu bereichern. Dass mehrere Schweizer Medien und das ARD-Wirtschaftsmagazin „Plusminus“ über den Fall berichteten, hat dessen Fortgang nicht beschleunigt.

Kindler sieht sich nicht mehr als Einzelfall, er hält die Liechtensteiner Vermögensindustrie für ein „kriminalisiertes System“, dessen miteinander verbundene Akteure die gutgläubigen Superreichen ausnehmen. Ähnliche Vorwürfe gibt es aus dem Umfeld von Mo-

nica Bacardi – der Zugriff der letzten Ehefrau des Schnapsbrenners auf dessen rund 750 Millionen Dollar schweres Vermögen wurde ebenfalls wegen Interessenkonflikten beschränkt. Die Prozesse ziehen sich seit mittlerweile dreieinhalb Jahren hin. Den angeblichen Umtrieben im Fürstentum widmet sich sogar eine eigene Webseite. „Un-treuhaender.li“ berichtet unter Überschriften wie „Selbst in Japan versaut Liechtenstein seinen Ruf“ oder „Wie im Ländle gemolken wird“ fast täglich über neue Facetten vornehmlich über Machenschaften im Fürstentum. Die Intervention eines bekannten Schweizer Medienan-

walts konnte die Suada nur kurzzeitig stoppen. Nach kurzer Pause hat die Seite den Betrieb wieder aufgenommen – und führt im Impressum nun eine Adresse in Panama auf. In den Details sind die Fälle von Kindler und Bacardi äußerst komplex, die Parteien beharren sich an verschiedenen Schauplätzen mit immer neuen Gutachten. Dass hier krasses Unrecht geschehen ist, lässt sich ebenso wenig eindeutig belegen wie flächendeckende Plünderungen im Fürstentum. Und doch verdeutlichen die Fälle ein Risiko des Transfers an den Alpenrand: Als Preis für den erschwerenden Zugriff auf ihr Vermögen müssen Stifter auch einen Teil der Kontrolle abgeben.

Kindler kämpft weiter, er hat Strafanzeige gegen die Treuhänder gestellt, sich bei der US-Botschaft in Bern wegen eines Anti-Korruptionsgesetzes über das Fürstentum beschwert und denkt über den Gang zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte nach. Mehr als eine Million Euro hat er nach eigenen Angaben für Anwaltskosten aufgewendet. Jüngst konnte er einen bescheidenen Erfolg erzielen. Berater seiner Bank hatten E-Mails an die von ihm bekämpften Treuhänder herausgegeben, obwohl Kindler das zuvor ausdrücklich untersagt hatte. Deshalb verwante die zuständige Datenschutzstelle das Institut. Gleichzeitig muss er sich mit einer von den Treuhändern gegen ihn eingereichten Klage auseinandersetzen. Deren Umfang: rund 1700 Seiten.

## 20 Sankionierte

aus dem Fürstentum befinden sich auf der **Schwarzen Liste der USA**. Die Personen und Gesellschaften sollen reichen Russen geholfen haben.

## 10 Milliarden

Schweizer Franken soll das Vermögen von Prinz Adam II. in etwa betragen. Das Oberhaupt des Zwergerstaats zählt damit zu den **reichsten Monarchen der Welt**.

## Langsamer Start für neue Fondskategorie

ELTIF-Investments finden Zuspruch. Doch deutsche Anleger zögern noch

Vor sichtlich genau einem Jahr, am 10. Januar 2024, trat eine europäische Verordnung in Kraft, die manche geradezu als Revolution für die Finanzmärkte priesen. Denn damit sollte auch Kleinsparern der Zugang zu jenen Investments ermöglicht werden, die bis dahin im Wesentlichen Superreichen und institutionellen Anlegern vorbehalten waren: private Firmenbeteiligungen (Private Equity), private Großkredite (Private Debt) und Infrastrukturprojekte. Diese warfen einer Analyse der Investmentfirma Cambridge Associates zufolge über die vergangenen 20 Jahre im Schnitt weit über zehn Prozent pro Jahr ab. Doch um dabei zu sein, waren üblicherweise Mindestbeteiligungen in Millionenhöhe erforderlich.

Mit einem neuen Investmentvehikel sollte sich das ändern, dem sogenannten European Long Term Investment Funds (ELTIF), also Europäischer Langfrist-Investmentfonds. Diesen gibt es zwar schon seit 2015, doch die ursprüngliche Regulierung war so komplex und unattraktiv, dass kaum entsprechende Fonds aufgelegt wurden und der Zuspruch der Anleger minimal war. Vor einem Jahr wurden die Regeln jedoch deutlich vereinfacht und attraktiver gestaltet. Damit würde sich nun endlich auch für Kleinanleger das Tor zur Welt der hochrentablen alternativen Investments öffnen, so die Hoffnung.

Nach einem Jahr fällt die Bilanz jedoch gemischt aus. So wurden laut der Ratingagentur Scope zwar bis Ende September 2024 in Europa 36 neue ELTIFs aufgelegt, nach 20 im gesamten Markt. Dies zeigt einen spürbaren Aufschwung. Doch auch wenn im vierten Quartal noch einige hinzukamen, so bleibt die Zahl im Vergleich zu den rund 8000 herkömmlichen Investmentfonds, die Privatanlegern zur Verfügung stehen, weiterhin überschaubar.

„Wir stehen bei ELTIFs in Deutschland noch ganz am Anfang“, resümiert Christian Schneider-Sickert, Gründer und Chef von Liquid, einem der Anbieter in dem Segment. Das liegt auch an Vorbehalten gegenüber der Anlageklasse Private Equity, die für ELTIFs eine wichtige Rolle spielt. Der ehemalige SPD-Fachmann Ministerialrat hatte für solche Investoren einst den Begriff „Heuschrecke“ geprägt, da sie ihre Rendite erzielten, indem sie Unternehmen aufkauften und danach auspressten. „Dieses Bild ist inzwischen mehr als überholt“, sagt Schneider-Sickert. „Die Renditen werden heute maßgeblich durch die operative Weiterentwicklung von Unternehmen erwirtschaftet – und diese Entwicklung schafft echten und langfristigen Mehrwert, auch für die Volkswirtschaft.“

Zudem kritisiert der Liquid-Gründer die Einschätzungen von Verbraucherplattformen zu ELTIFs. Diese seien oft vereinfacht und würden der Komplexität und den Chancen der Anlageklasse nicht gerecht. „Dort wird oft gepredigt, dass ein MSCI World ETF die einzig akzeptable Lösung für die Geldanlage ist“, sagt Schneider-Sickert. „Das ist Unfug.“ Dies gelte umso mehr, als der MSCI World inzwischen stark von einigen wenigen großen US-Unternehmen dominiert werde. „Ein ELTIF kann für gewinnorientierte Anleger ein sinnvoller Baustein im Portfolio sein, um dieses Klumpenrisiko zu reduzieren.“ Professionelle Investoren legen nicht umsonst im Schnitt zu 30 bis 40 Prozent ihrer Portfolios in privaten Investments an.

Dies ermöglichen ELTIFs auch Kleinanlegern, indem diese sich mit kleineren Beträgen an Private-Equity-Deals, privaten Krediten oder großen Infrastrukturprojekten beteiligen können. Durch die Reform Anfang 2024 wurde auch die Mindestbeteiligungssumme von 10.000 Euro abgeschafft, ebenso die Regel, wonach Privatanleger maximal zehn Prozent ihres Geldes in ELTIFs anlegen dürfen. Zudem entfiel die gesonderte Geeignetheitsprüfung – nun reicht die übliche Prüfung, die Vermittler für jedes Finanzgeschäft durchführen. Schließlich können die Fonds selbst seither freier strukturiert werden. FRANK STÖCKER